

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich, Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Reichshofstraße Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R.,
unter Eingeladn. 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 75

Sonnabend, 2. April

1921

Einhebung der Kirchensteuern durch die politischen Gemeinden.

(N.) In neuerer Zeit häufen sich die an das Gesamtministerium oder das Kultusministerium gerichteten Eingaben bürgerlicher Gemeinden, die sich gegen die Verpflichtung zur Einhebung der Kirchensteuern richten und von der Regierung die Aufhebung der gesetzlichen Vorschriften verlangen, durch die den Gemeinden jene Verpflichtung auferlegt wird. Die sächsische Regierung ist jedoch nicht in der Lage, hierin eine Änderung einzutreten zu lassen, da es sich nicht um landesrechtliche Vorschriften handelt, sondern um Anordnungen des Reichsministers der Finanzen, der gemäß § 22 der Reichsabgabenordnung ermächtigt ist, bei Einhebung der Steuern, nicht nur der Steuern der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften, gegen angemessene Entschädigung sich der bürgerlichen Gemeinden zu bedienen.

Die in Dresden verhafteten Kommunisten.

(N.) Von den am zweiten Osterfesttage von der Dresdner Polizei wegen staatsfeindlicher Umtriebe vorläufig festgenommenen Personen sind nunmehr 17 der hiesigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Untersuchung zugewiesen worden. Sie gehören zum überwiegenden Teile der Vereinigten Kommunistenpartei an, es befinden sich aber darunter auch Anhänger der kommunistischen Arbeiterpartei und der Arbeiterunion. Ein großer Teil der zugewiesenen Personen ist den Behörden bereits wegen ihrer kommunistischen Betätigung bekannt.

Die Waffenablieferung.

London, 31. März. Das Reutersche Bureau meldet, daß die Zahl der bisher von Deutschland ausgelieferten Gewehre auf ungefähr 30.000, die der bisher zerstörten Maschinengewehre auf 67.000 gestiegen sei, und daß außerdem die Gesamtzahl der bisher vernichteten Gewehre und Karabiner sich auf 3.250.000 erhöht habe. Der einzige unbefriedigende Punkt sei jedoch, daß die Bewaffnung der Festungen Königsberg und Rastatt noch nicht ausgeliefert sei.

Anmerkung des B. T. D.: Wenn auch diese Darstellung im allgemeinen zutreffend ist, so ist doch hinzuzufügen, daß die Zahl der zerstörten Waffen durchgehend zu niedrig angegeben worden ist. Am 31. Januar d. J. waren tatsächlich bereits 48.000 Gewehre, 74.000 Maschinengewehre, 3.730.000 Gewehre und Karabiner zerstört. Dabei sind die Ablieferungen gemäß den Waffenstillstandsbedingungen nicht berücksichtigt. Was den einzigen unbefriedigenden Punkt anlangt, den Reuters hervorhebt, die Auslieferung von Königsberg und Rastatt, so ist dazu zu bemerken, daß die Bewaffnung beider Festungen insgesamt nur 558 Gewehre beträgt. Die deutsche Regierung hat sich über den Rechtsstandpunkt in dieser Frage in ihrer Note an die Militärkontrollkommission ausführlich geäußert.

Tschechoslowakische Staatsnoten.

Die tschechoslowakischen Staatsnoten zu 5000 tschechoslowakischen Kronen mit dem Datum vom 15. April 1919 hören nach dem 15. April 1921 auf, im Gebiete der tschechoslowakischen Republik gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Nach dem 15. April 1921 bis zum 31. Januar 1923 werden diese Staatsnoten nurmehr beim Bankamte des Finanzministeriums in Prag und bei seinen Filialen zum Umtausche angenommen.

Loucheur und die deutschen Materiallieferungen.

Paris, 1. April. In der gestrigen Sitzung des Senats erklärte der Minister Loucheur zu den deutschen Materiallieferungen, Deutschland habe sich nicht gewiegert, auszuführen. Die vorgelegenen Fristen für die Holzlieferungen seien noch nicht verstrichen. Die Regierung halte ihr Versprechen ausrecht und werde im gegebenen Augenblick die Maßnahmen ins Auge fassen, die sie für notwendig halte.

Die Bergarbeiterbewegung in England.

Der angedrohte Generalausstand der Bergleute.

London, 31. März. (Reuters.) Im Hinblick auf den angedrohten Generalausstand der Bergleute, der heute nacht beginnen soll, ist, wie bereits kurz gemeldet, auf Grund der Koalitionsakte vom Oktober 1920 eine Bekanntmachung erlassen worden, die erklärt, daß ein Notstand bestehe. Die in Rede stehende Akte wurde zur Zeit des letzten Bergarbeiterausstandes angenommen, als auch ein Eisenbahnerausstand drohte, um die Regierung instanzzusetzen, jeder bereits unternommenen oder angedrohten Aktion zu begegnen, die darauf ausgeht, durch Störung der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln, Wasser, Brennstoff und Licht oder der Transportmittel die Allgemeinheit oder einen Teil davon der Lebensnotwendigkeiten zu berauben.

London, 31. März. Die Tatsache, daß die Kohle aus vielen Kohlengruben herausgebracht worden sind, deutet darauf hin, daß die Bergwerkbefreiung der Meinung sind, der Kampf werde wahrscheinlich lange dauern. Viele Maschinenwärter und Arbeiter an den Pumpen sind dagegen, daß man die Gruben erkaufen läßt. Der Vollzugsausschuß des Verbandes der Arbeiter an den Fördermaschinen und Pumpen von Yorkshire hat einstimmig beschlossen, daß alle zur Sicherheit und zum Schutze der Gruben nötigen Mitglieder weiterarbeiten sollen. Die Bergwerksbesitzer billigten ihnen die Weiterzahlung der gegenwärtigen Löhne zu. Die Maschinenarbeiterverbände der Bergwerke von Schottland, Südwales, Not-

tingham und Derbyshire haben eine ähnliche Entschlieung angenommen und so gegen den nationalen Kohlenarbeiterverband Stellung genommen.

Die Kämpfe zwischen Litauern und Letten.

Memel, 1. April. Wie das „Memeliner Dampfboot“ meldet, hat eine litauische Gegendabteilung, bestehend aus Infanterie, Artillerie und Kavallerie gestern mittag 1 Uhr Polangen besetzt, nachdem die Letten um 12 Uhr den Ort geräumt hatten. Bei der Fahrt der Truppen von Kovno nach Polangen ereignete sich in Bajorien ein Grenzzwischenfall. Der litauische Truppenführer ließ die Truppen auf dem Bahnhofsplatz aussteigen. Von memelländischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Überschreitung der Grenze ohne vorherige Genehmigung der zuständigen Behörde eine Verletzung der Hoheitsrechte des Memelner Gebietes darstelle. Der litauische Truppenführer erwiderte, daß er sich mit der Befehlshaberbehörde in Verbindung setzen wolle. Die litauische Abteilung marschierte dann von Bajorien nach Litauisch-Grottingen und von dort nach Polangen.

Spende des Papstes.

Köln, 1. April. Nach einem Telegramm der „Köln. Volkszeitung“ aus Rom hat der Papst dem Kardinal Erzbischof Dr. Faulhaber in München eine halbe Million Lire für die deutschen Kinder angewiesen.

Konferenz der Ernährungsminister.

(W. M.) Die auf den 4. April nach Bremen einberufene Konferenz der Ernährungsminister ist auf den 18. April verschoben worden.

Neue Unruhen.

Göteborg, 1. April. In Göteborg im Kreis Göteborg sind laut „Göteborgs Tageblatt“ neue Unruhen ausgebrochen. Wie hier verlautet, soll das dortige Landratsamt in die Luft gesprengt und ein Gendarm von Kommunisten erschossen worden sein. In Göteborg wird eine Hilfsaktion für Göteborg vorbereitet.

Schnelle Justiz.

Breslau, 1. April. Die „Schlesische Zeitung“ meldet: Am Ostermontag warf in Niechow ein Pole eine Handgranate zur Verunsicherung und Einschüchterung der Bevölkerung, traf aber einen gerade vorbeifahrenden englischen Kraftwagen. Auf englische Veranlassung hin wurde der Täter innerhalb 24 Stunden handrechtlich erschossen.

Georgien in Not.

DA. Rom, 1. April. Der georgische Ministerpräsident Jordania ist von Konstantinopel kommend in Rom eingetroffen. Nach Besprechungen mit der italienischen Regierung beabsichtigt er, nach Paris und London zu reisen, um in persönlichem Vortrag die Aufmerksamkeit der französischen und englischen Regierung auf die Not Georgiens zu lenken. Ministerpräsident Jordania hat einen Ruf an alle Völker des Westens erlassen, in dem es u. a. heißt: Das Volk Georgiens ist entschlossen, die moskowitzische Barbarei zu bekämpfen, aber es steht allein.

Explosion.

Magdeburg, 1. April. Die „Magdeburgerische Zeitung“ meldet aus Burg: Gestern ereignete sich auf der „Noten Mühle“ bei Burg eine Explosion schwerer Granaten, wobei ein Mädchen getötet und 5 Personen schwer verletzt wurden, jedoch ihre Überführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Die geistigen Beziehungen Oberschlesiens zu Deutschland

Ehe die Germanen die Kolonisierung Oberschlesiens beendet hatten, mußten sich die slawischen Bewohner mit ein paar schlecht dotierten Kirchen begnügen, zu denen gewöhnlich viele zerstreut liegende Dörfer gehörten. Die deutschen Kolonisten sorgten dafür, daß fast alle Dörfer ihre eigene Kirche mit einem guten Auskommen erhielten. Die schnell zunehmenden Klöster, meist von deutschen Mönchen gegründet und dadurch mit den deutschen Klöstern ihres Ordens in Verbindung gebracht, widmeten sich nicht nur eifrig dem Seelenheil des Volkes, sondern auch der Verbesserung und Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie. In späteren Zeiten ehrte man die Bischöfe von Breslau nicht nur als Schützer von Kunst und Wissenschaft, sondern auch als politische Führer, die nicht bloß in der Verwaltung kräftig zugegriffen hatten. So verteidigte Bischof Comar, ein Nachkomme schlesischer Fürsten, an der Spitze seiner Bauern das Land gegen die eindringenden Hussiten. In noch späterer Zeit war Melchior von Diepenbrock eine große Stütze der katholischen Kirche; er wurde Bischof von Breslau und war als Denker, Schriftsteller und geistiger Führer höchst geschätzt.

Durch die Reformation wurde die Unabhängigkeit der Schlesier an das habsburgische Haus etwas gelockert; im selben Maße nahm die Neigung für Deutschland zu. Großes Interesse wurde den Wittenberger Reformern Luther und Melancthon entgegengebracht, denn auch die schlesischen Protestanten in ihrer Gesamtheit die Lehren Luthers nicht annehmen und es vorzogen, ihr eigenes, unabhängiges Wege zu gehen. Einer der beiden Verfasser des Heidelberger Katechismus, der weltbekannteste Glaubensartikel der Reformierten, Dr. Johannes Ursinus aus Breslau. Der schlesische Edelmann Kaspar v. Schwenkfeld ist der Begründer jener kleinen Gemeinde, die nach ihm benannt wurde, die ein inbrünstig religiöses Leben führte und nach vielen Jahren der Verfolgung ihre Zuflucht in Nordamerika fand. Da Kirche und Schule im Mittelalter eng verwachsen waren, sind die Gründung von Schulen und die Organisation im religiösen Leben des Volkes die Früchte deutscher Kolonisierung.

Natürlich kamen Oberschlesiens moderne Schulsysteme aus der Zeit seiner Einverleibung in Preußen im Jahre 1742, als überall angefangen wurde mit Verbesserungen und Erleichterungen für klassische und technische Bildung. Aber neuere Forschungen haben ergeben, daß es schon im Mittelalter überraschend viele Schulen in den von den Deutschen kolonisierten Städten gab, die gleichzeitig unter deutschem Gelehrten standen; oft erstreckten sich auch die Dörfer dieses Vorzuges. In einigen Städten durften nur solche Leute Bürger werden, die lesen und schreiben konnten. Kurz vor der Reformation hatte Breslau nicht weniger als acht Hochschulen, zu denen führende Schüler aus allen Teilen Deutschlands strömten. Außerdem gab es zur Zeit der Reformation eine Anzahl höherer Lehranstalten in Schlesien, die auf die Universitäten vorbereiteten, besonders Treptow's berühmte Schule in Goldberg.

Mit der Gründung der Universität in Breslau zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts nahm das Erziehungsweesen Schlesiens einen weiteren Aufschwung, und die Arbeit, die dort von Professoren und Studenten geleistet wurde, wirft ein strahlendes Licht auf das ganze Land. Selbst während des dreißigjährigen Krieges, einer Zeit des Niederganges, Arb die Inspiration der schlesischen Lehrer nicht aus, wie die Werke von Martin Opitz, Andreas Gryphius und anderen deutlich zeigen. Unter den bedeutendsten Schriftstellern Deutschlands im letzten Jahrhundert dürfen zwei Oberschlesier nicht vergessen werden: Joseph v. Eichendorff und Gustav Freytag. Auch den größten Dichter unserer Tage, den Schlesier Gerhart Hauptmann, müssen wir anführen. Von den schlesischen Malern und Bildhauern nennen wir den berühmten Hofmaler Adolph Menzel, von den ober-schlesischen Bildhauern Theodor Walede und August Köhler und die Maler Michael Wittmann, Karl Lessing und Eduard Grüner. Diese kurzen Ausführungen der geistigen Zusammengehörigkeit Schlesiens mit Deutschland sollen die kulturelle

Die Zollkette.

Paris, 1. April. Der Reichskanzler wird voraussichtlich heute Freitag den Entwurf der interalliierten Rheinlandkommission über die Errichtung der Zollkette auf dem rechten Rheinaufer in Gemäßheit mit den in London gefassten Beschlüssen erörtern. Innerhalb des Westschiffahrtstales bestehen noch immer Unstimmigkeiten über einzelne Punkte der Durchführung des Zollkorbes, namentlich über die Höhe des Ergebnisses der Zölle und über die Rekrutierung des zur Durchführung der Maßnahmen notwendigen Zollpersonals.

Freier Handel in Rußland.

DA. Wiga, 1. April. Wie der Wigner Berichterstatter der „Duna“ aus Moskau erklärt, hat der Rat der Volkskommissare zwei wichtige Dekrete erlassen, die die Befreiung des russischen Wirtschaftslbens bedeuten. Das erste Dekret gestattete den freien Handel mit Getreide, Karisfeln und Hon in allen Goubetern, die im Punkte der Naturalsteuer ihrer Ablieferungspflicht voll nachgegeben sind. Die Überwachungsabteilungen der Rotarmisten, deren Aufgabe bisher die Kontrolle der Staatsbahntransporte war, werden fortan zurückgezogen. Das zweite Dekret setzt für das Wirtschaftsjahr 1921/22 als Naturalsteuer 240 Millionen Rub ablieferungspflichtiges Getreide fest, während noch im Vorjahr aus der Zwangsabgabe 430 Millionen Rub Getreide zur Ablieferung gebracht werden mußten. Die in den Händen der Bauern verbleibenden Getreideüberschüsse können frei gehandelt werden.

Die elbäussischen Deutschen müssen hüben.

DA. Saarbrücken, 1. April. Das elb-Lothringische Generalkommissariat in Straßburg hat die Ausweisung von mehreren hundert Deutschen aller Bevölkerungskreise verfügt, die bisher unbefristet geblieben sind. Es handelt sich um solche Personen, die nach dem 1. August 1914 im Elsaß anständig geworden sind und bisher keine Schritte unternommen haben, um die französische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Von der Ausweisung werden ungefähr 100 Lothinger, 100 Oberelsässer und 100 Unterelsässer betroffen. Ihre Ausweisung wird allgemein als Strafe für Deutschlands Haltung in der Bierergutmachungsfrage bezeichnet.